



# Vor den Präsidentschaftswahlen

**Auffallen um jeden Preis?**

**Parteiensystem und Kandidatenkür in Frankreich**

---

**Stefan Seidendorf**

Der Niedergang des französischen Parteiensystems

Die Neupositionierung der Parteien

Strategien der Kandidatenkür

## Abstract

Emmanuel Macrons Wahl 2017 führte zum „Zusammenbruch“ des französischen Parteiensystems. Fünf Jahre später, vor der nächsten Wahl, stellt sich die Frage, was vom „Trümmerfeld“ noch übrig ist. Der Beitrag geht auf die Gründe für den Niedergang der traditionellen Parteien ein und beleuchtet vor diesem Hintergrund ihre Strategien im Hinblick auf die Kandidatenkür vor der Präsidentschaftswahl 2022. Während auf der Rechten ein Dreikampf zwischen rechten und rechts-extremen Kandidaten die Frage nach der Abgrenzung nach rechts außen aufwirft, sorgt auf der Linken eine Basisbewegung für Aufsehen, die die Kandidaten gegen ihren Willen zur Vorwahl stellte. Im Fazit zeigt sich, dass nach der Niederlage 2017 weder eine Konsolidierung, noch eine Erneuerung der traditionellen Parteien stattgefunden hat. Die ehemaligen Präsidentenparteien (*Parti socialiste* und *Les Républicains*) kämpfen um ihre Existenz und blicken deshalb schon über die Präsidentschaftswahl hinaus auf die Parlamentswahl, die über die Höhe der zukünftigen Parteienfinanzierung entscheiden wird.

L'élection d'Emmanuel Macron en 2017 a conduit à l'effondrement des partis français. Cinq ans plus tard, à l'approche des prochaines élections, la question se pose de savoir si le paysage politique ressemble toujours à un « champ de ruines ». L'article se penche sur les raisons du déclin des partis traditionnels et, dans ce contexte, met en lumière leurs stratégies en vue de la désignation des candidats avant l'élection présidentielle de 2022. Alors qu'à droite, une lutte féroce oppose trois candidats de droite et d'extrême droite, à gauche, une initiative citoyenne a présenté des candidats pour une primaire contre leur gré. En conclusion, il apparaît qu'après la défaite de 2017, il n'y a eu ni consolidation, ni renouvellement des partis traditionnels. Les anciens partis présidentiels (*Parti socialiste* et *Les Républicains*) luttent pour leur existence et se tournent donc déjà, au-delà de l'élection présidentielle, vers les élections législatives qui décideront du niveau de financement public des partis à l'avenir.

# Vor den Präsidentschaftswahlen

Auffallen um jeden Preis? Parteiensystem und Kandidatenkür in Frankreich

## Einleitung

\* Dr. Stefan Seidendorf ist stellvertretender Direktor am Deutsch-Französischen Institut.

<sup>1</sup> Sobald die zur Wahl zugelassenen Bewerber offiziell feststehen (nach dem 11. März 2022), wird das dfi die einzelnen Kandidaten und ihr Programm auf seiner Webseite präsentieren, [www.dfi.de](http://www.dfi.de)

Nach den Bundestagswahlen 2021 finden im Frühjahr 2022 in Frankreich Präsidentschafts- und anschließend Parlamentswahlen statt. 2017 war häufig davon die Rede, die Wahl Emmanuel Macrons habe die französische Parteienlandschaft in ein „Trümmerfeld“ oder „Ruinenfeld“ (*champ de ruines*) verwandelt. Gemeint war damit der große Macht- und Einflussverlust insbesondere der Sozialistischen Partei (PS) und der liberal-konservativen *Les Républicains* (LR). Fünf Jahre nach dieser Wahl stellt sich die Frage, was aus dem „Trümmerfeld“ geworden ist, beziehungsweise welche Rolle die traditionellen Parteien im Vorwahlkampf (wieder) spielen und welchen Einfluss sie auf die politischen

Lager noch haben. Wie strukturieren sich die politischen Bewegungen, und welche Auswirkungen haben ihre nachlassenden Bindekräfte auf die Kandidatenkür für die Präsidentschaftswahl?

### Abb. 1: Wahltermine

10. April	1. Runde Präsidentschaftswahl
24. April	2. Runde
12. Juni	1. Runde Parlamentswahl
19. Juni	2. Runde

Bevor diese Punkte näher beleuchtet werden, sollen Gründe für den Niedergang des französischen Parteiensystems diskutiert werden <sup>1</sup>.

## 1. Der Niedergang des traditionellen französischen Parteiensystems

Die Gründe für den Zerfall des französischen Parteiensystems sind einerseits struktureller Natur, andererseits das Resultat einer von Präsident Macron erfolgreich umgesetzten Strategie:

Wie in anderen westlichen Demokratien auch, war die Nachkriegszeit (bis zum Ende des Kalten Krieges) in Frankreich durch eine bemerkenswerte gesellschaftliche und politische Stabilität gekennzeichnet. Im Rahmen des demo-

kratischen Wettstreits standen sich ein „linkes“ und ein „rechtes“ politisches Lager gegenüber, zu dem traditionell in Frankreich noch ein liberales Zentrum kam, das je nach politischer Konjunktur eher links oder eher rechts der Mitte stand. Dazu kam als französische Besonderheit eine starke rechtsextreme Bewegung und in jüngerer Zeit die wachsende Bedeutung ökologischer Fragestellungen, die von der grünen Partei bedient wurden.

## 1.1 Strukturelle Faktoren: Die Auflösung gesellschaftlicher Milieus

<sup>2</sup> Siehe dazu den konzisen Überblick bei Dominik Grillmayer (2013): „Profile und Konstanten bei der französischen Linken: auf dem Weg in die Realität“, in: Politische Studien: Zweimonatszeitschrift für Zeitgeschichte und Politik 447, Jg. 64 (Januar-Februar 2013), S. 38-49, insbesondere S. 41-42.

Wie auch in Italien und (etwas weniger ausgeprägt) in der Bundesrepublik, waren die Parteien, die die unterschiedlichen politischen Lager verkörperten, gleichzeitig auch der Ausdruck bestimmter, relativ geschlossener gesellschaftlicher Milieus. In Frankreich war dies auf der Linken insbesondere das durch die kommunistische Partei Frankreichs (PCF, *parti communiste français*) dominierte und strukturierte Milieu<sup>2</sup>. Neben der Partei kam der Gewerkschaft CGT eine wichtige stabilisierende Rolle zu, außerdem organisierte sich dieses Milieu in vielfältigen Wohlfahrts- und Selbsthilfverbänden (etwa dem *secours populaire* oder den verschiedenen *mutuelles*). Die mit diesem Milieu verbundenen Medienorgane (bspw. die Tageszeitung *L'Humanité*) sorgten für ideologische Festigung und allgemeiner für „Sinnstiftung“, neben den vielfältigen Freizeit- und Sportvereinen, die alle auch eine politische Nähe zueinander hatten.

Mit dem Aufstieg François Mitterrands in den siebziger Jahren verbunden war die Herausbildung eines ähnlich gesellschaftlich verwurzelten, strukturierenden Milieus um die *Parti socialiste*, die Reformlinke. Dem standen auf der anderen Seite die verschiedenen gaullistischen Formationen gegenüber. Aus ihrer Ablehnung des Parlamentarismus der III. und IV. Republik machten diese keinen Hehl. Sie legten deshalb noch stärker Wert

darauf, als „Bewegung“ (*mouvement*) Teil und Ausdruck einer breiten gesellschaftlichen Dynamik zu sein. Auch dieses Milieu hatte seine dominierenden Leitmedien (z.B. die Tageszeitung *Le Figaro*), seine gesellschaftlichen Codes (häufig die der katholischen Kirche) und seine strukturierenden Erfahrungen (etwa die Bedeutung der Armee und ihrer Karrieremöglichkeiten).

Neben der gesellschaftlichen Verwurzelung der politischen Parteien und ihrer politischen Orientierung, weitgehend über Fragen des „Klassenkampfes“ bzw. der Bedeutung von Nation und Patriotismus definiert, waren es die spezifischen institutionellen Bedingungen der V. Republik, die zur Stabilität der politischen Verhältnisse beitrugen. Das Präsidialsystem, mit seiner (im westlichen Maßstab) langen Amtszeit von sieben Jahren, sowie der davon abgekoppelte parlamentarische Kalender (Neuwahlen der *Assemblée nationale* alle fünf Jahre, des Senats alle sechs Jahre), stabilisierten die politischen Verhältnisse nachhaltig. Den Höhepunkt erreichte diese Stabilität mit dem Amtsantritt François Mitterrands und seiner Linkskoalition 1981. Mitterrand blieb dann 14 Jahre, zwei volle Amtszeiten lang, Präsident Frankreichs (s. Abb. 2).

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und den weltpolitischen Veränderungen verlor zunächst der PCF seine dominierende Stellung unter der Arbeiterschaft und im linken gesellschaftlichen Milieu. Doch die Auflösung der gesellschaftlichen Bindekräfte betraf auch die anderen politischen Lager und Parteien. Auf der Linken, insbesondere aber auf der Rechten führte das Referendum über den Vertrag von Maastricht (1992) zu neuen politischen Spaltungslinien, die die etablierte Links-Rechts-Dichotomie ergänzten bzw. überlagerten. So kam es in den späten neunziger Jahren zur „französischen Version einer großen Koalition“, der *Cohabitation* des bürgerlichen Präsidenten Jacques Chirac (1995-2007) mit der Regierung der pluralistischen Linken unter dem Premierminister Lionel Jospin (1997-2002).

Abb. 2: Französische Präsidenten der V. Republik und ihre Amtszeit

Präsident	Amtszeit	Dauer	
Emmanuel Macron	seit 2017	...	█ ...
François Hollande	2012-2017	5 Jahre	█
Nicolas Sarkozy	2007-2012	5 Jahre	█
Jacques Chirac	1995-2007	12 Jahre	█
François Mitterrand	1981-1995	14 Jahre	█
Valéry Giscard d'Estaing	1974-1981	7 Jahre	█
Georges Pompidou	1969-1974	5 Jahre	█
Charles de Gaulle	1958-1969	11 Jahre	█

<sup>3</sup> Zur Vereinfachung und leichter Lesbarkeit wird im Text auf die gleichzeitige Verwendung weiblicher, männlicher und diverser Sprachformen verzichtet und stattdessen das generische Maskulinum verwendet. Wo nicht spezifiziert, gelten die Personenbezeichnungen gleichermaßen für alle Geschlechtskategorien.

Insbesondere die mit Chiracs zweiter Amtszeit verbundene Verfassungsreform, die zur Verkürzung der Amtszeit des Präsidenten auf fünf Jahre führte und die Parlamentswahlen seitdem wenige Monate nach der Präsidentschaftswahl stattfinden lässt, sorgten für eine institutionelle Veränderung der Verhältnisse. Für die Franzosen<sup>3</sup> steht der Präsident seitdem viel stärker in der Verantwortung für die tagespolitische Aktualität. Während die Rolle des Premierministers weiter an Bedeutung verliert, ist seit Nicolas Sarkozys „Hyperpräsidentschaft“ akzeptiert, dass der Präsident die politischen Tagesgeschäfte führt und ihn die Wählerschaft entsprechend auch nach seiner Regierungsbilanz beurteilt. Sarkozy, wie auch seinem Nachfolger Hollande, blieb die zweite Amtszeit verwehrt.

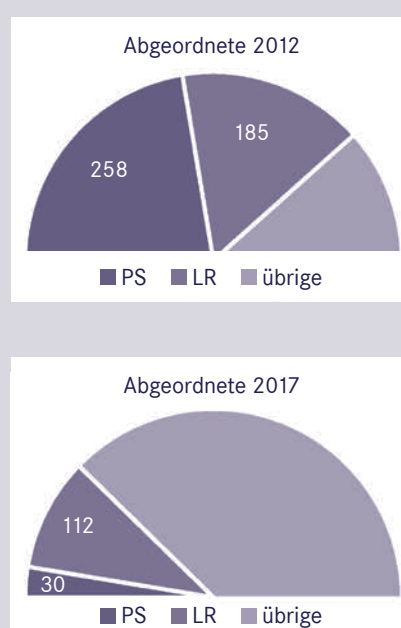
## 1.2 Konjunkturelle Faktoren: Der Außenseiterkandidat

Bei der Präsidentschaftswahl 2017 kamen somit mehrere Faktoren zusammen: Die schwindenden Bindekräfte der gesellschaftlichen Milieus, die

abnehmende Bedeutung des ideologischen Überbaus und die institutionellen Veränderungen des politischen Systems trafen auf das politische Entrepreneurship des jungen Kandidaten Macron. Er stellte sich bewusst gegen die etablierte Parteilogik und inszenierte seinen Wahlkampf als „Überwindung“ des „überkommenen“ Links-Rechts-Gegensatzes.

Während Macron selbst parteipolitisch kaum zuzuordnen war – von einer angeblichen Mitgliedschaft in jungen Jahren in der *Parti socialiste* fanden sich kaum glaubwürdige Spuren, aber immerhin war er Wirtschaftsberater, dann Wirtschaftsminister unter dem linken Präsidenten und der linken Regierung François Hollandes gewesen – erlaubte die Positionierung seiner „Bewegung“ *En Marche* in der liberalen Mitte einen längst überfälligen politischen Generationenwechsel: Der Präsident und seine Bewegung erhielten viel Zulauf von gemäßigten linken und rechten Nachwuchskräften, die mit den nationalistischen, illiberalen Tendenzen in ihren eigenen Parteien wenig anfangen konnten und gleichzeitig kaum Chancen sahen, in Regierungsverantwortung zu kommen. Sie nahmen jeweils für sich eine „Kontinuität“ ihres politischen Engagements in Anspruch, was die Anschlussfähigkeit von *En Marche* in beiden Lagern zeigte. Bereits anlässlich der Präsidentschaftswahl war deutlich geworden, dass Macrons Wette auf die „Überwindung“ des Links-Rechts-Schemas aufgehen könnte. Die Kandidaten der etablierten Regierungsparteien (PS, LR) scheiterten bereits in der ersten Runde, sei es aus eigenem Verschulden (die Verstrickung in verschiedene Skandale François Fillons, des Kandidaten der bürgerlichen Rechten) oder am Unvermögen, nach der Regierungserfahrung unter François Hollande noch eine intellektuelle, dann auch machtpolitische Führungsrolle im eigenen Lager zu behaupten (Benôit Hamon für die Sozialisten). Erst recht in den darauffolgenden Parlamentswahlen setzte sich dieser Trend fort. Unter den institutionellen Vorzeichen des Mehrheitswahlrechts, das über viele Jahrzehnte für „stabile Verhältnisse“ gesorgt hatte, kam es nun zu einem dramatischen Macht- und Einflussverlust des *Parti socialiste*, aber auch der *Républicains* (s. Abb. 3).

**Abb. 3: Machtverlust in den Parlamentswahlen 2012-2017, Parti socialiste (PS) und Les Républicains (LR), Abgeordnete gesamt: 577**



## 2. Positionierung im politischen Raum

<sup>4</sup> Luc Rouban (2022): *Les raisons de la défiance*, Paris : Presses de Science Po

<sup>5</sup> David Goodhart (2017): *The Road to Somewhere: The Populist Revolt and the Future of Politics*, London: C. Hurst & Co.

<sup>6</sup> Eine kurze Darstellung zur Entwicklung der französischen Rechten bis 2013 liefert Roland Höhne (2013): „UMP und FN – ein neues Verhältnis? Die französischen Rechten zwischen Einheit und Vielfalt“, in: Politische Studien: Zweimonatszeitschrift für Zeitgeschichte und Politik 447, Jg. 64 (Januar-Februar 2013), S. 21-37.

Präsident Macron hatte richtig erkannt, dass das überlieferte Links-Rechts-Schema für viele Franzosen nur noch eine begrenzte Bedeutung hat. So erwähnt der Politikwissenschaftler Luc Rouban in einer kürzlich erschienenen Studie <sup>4</sup>, dass der Anteil der Franzosen, die sich weder mit der Rechten, noch mit der Linken identifizieren können, von 2009 bis 2021 kontinuierlich von 35% auf 41% zugenommen hat. Der Anteil derjenigen, die sich mit der Linken identifizieren, hat von 28% auf 23% abgenommen, während die Identifikation mit der Rechten in etwa stabil geblieben ist.

Auch dieser Trend findet sich in anderen westlichen Demokratien in ähnlicher Weise. Seit dem 18. Jahrhundert (in der französischen Revolution) etablierte sich zunächst der politische Links-Rechts-Konflikt, der eine Zuordnung der meisten politischen Antagonismen (soziale Gegensätze, religiöse Gegensätze, Stadt-Land-Gegensätze, Zentrum-Peripherie etc.) ermöglichte und ihre Organisation auf einer zweidimensionalen Achse erlaubte. So konnte ein katholischer, ländlicher Unternehmer seine politischen Präferenzen relativ sicher zuordnen, ebenso wie eine feministisch und gewerkschaftlich engagierte Lehrerin in einer großen Metropole.

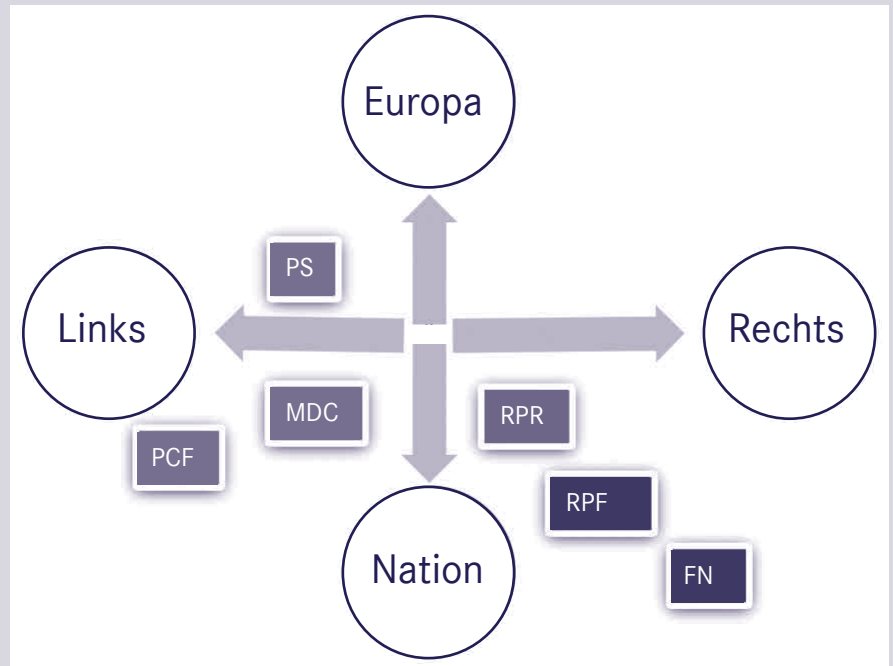
Nach dem Ende der kommunistischen und sozialistischen Regime in Osteuropa und dem Fall der Berliner Mauer wurde diese Spaltungslinie (*cleavage-line*) zunehmend erweitert und überlagert um eine zweite Konfliktlinie, die heute häufig als Konflikt zwischen „autoritären“ und „liberalen“ Kräften beschrieben wird, aber auch als „identitäre“ Konfliktlinie zwischen „Weltbürgern“ und „Nationalisten“, oder neutraler zwischen mobilen, weltgewandten *anywheres* und den sesshaften, provinziellen *somewheres* <sup>5</sup>. Im französischen Fall entwickelte sich diese zweite Spaltungslinie (spätestens) seit Beginn der neunziger Jahre um das Thema „Europa“. Die beiden großen Parteien, die rechten Gaullisten und die linken Sozialisten, mussten beim Referendum über den Vertrag von Maastricht 1992 Abspaltungen im eigenen Lager hinnehmen. Beim Europathema standen ihnen nicht nur kleinere Parteien

aus dem eigenen Lager gegenüber (die kommunistische Partei auf der Linken, der *Front national* auf der Rechten). Politiker wie Charles Pasqua und Philippe Séguin bei den Gaullisten, sowie Jean-Pierre Chevènement beim PS, waren bereit, die eigenen Parteien über das Europathema zu entzweien und sich abzuspalten. Als „Souveränisten“ oder „Jakobiner“ trugen sie zur dauerhaften Schwächung der eigenen Partei oder Parteienfamilie bei. Dieselbe Konstellation ergab sich erneut beim Referendum über den europäischen Verfassungsvertrag 2005, welches das nationalistische Lager (Souveränisten und Jakobiner) knapp gewann.

Dabei erleichtert das semi-präsidentielle System der V. Republik eigentlich die Herausbildung zweier Lager, die sich jeweils um einen Kandidaten herum strukturieren. Wurde der erste Wahlgang traditionell dafür genutzt, im eigenen Lager die Kräfteverhältnisse auszuloten (insbesondere auf der Linken), so erlaubte die Stichwahl zur zweiten Runde die Sammlung um einen „linken“ oder „rechten“ Kandidaten. Da es in beiden Lagern ein dominierendes Schwergewicht gab (PS und die jeweilige gaullistische Partei Mitte-Rechts), konnte dieser Prozess aufgehen, zumindest bis zum „Schockmoment“ 2002. Zum ersten Mal in der V. Republik stand mit Jean-Marie Le Pen ein rechtsextremer Kandidat in der Stichwahl. Diese verlor er dann gegen Jacques Chirac, der mit über 80% gewählt wurde.

Das Ergebnis stellt insbesondere den republikanischen Konsens im Angesicht der rechtsextremen Gefahr dar, denn auch das rechtsbürgerliche Lager Frankreichs war durch interne Spaltungen und Streitigkeiten geschwächt <sup>6</sup>. So setzte sich Jacques Chirac (20,84%) im Wahlkampf 1995 in der ersten Runde nur knapp gegen Edouard Balladur (18,58%) durch, beide gehörten der gaullistischen RPR an. Im Hinblick auf die Wahlen 2002 gelang es Chirac jedoch, verschiedene rechtskonservative, bürgerliche und rechtsliberale Parteien unter dem Dach der „UMP“ (zunächst *Union pour la majorité présidentielle*, dann *Union pour un mouvement*

Abb. 4: Politische Spaltungslinien und Positionierung der Parteien nach dem Maastricht-Referendum 1992



PS: *Parti socialiste* (Laurent Fabius), MDC: *Mouvement des citoyens* (Jean-Pierre Chevènement), PCF: *Parti communiste français* (Georges Marchais), RPR: *Rassemblement pour la République* (Jacques Chirac), RPF: *Rassemblement pour la France* (Charles Pasqua), FN: *Front national* (Jean-Marie Le Pen)

Quelle: eigene Darstellung

*populaire*) zusammenzuführen. Dieser zunächst lose Zusammenschluss wurde 2014 unter Nicolas Sarkozy zu einer Partei mit dem Namen *Les Républicains* weiterentwickelt, ohne dass damit jedoch eine programmatische Konsolidierung verbunden gewesen wäre.

Der Wahlerfolg Macrons 2017 stellte die Konservativen dann vor eine harte Probe. Viele ihrer gemäßigten und pragmatischen Gefolgsleute übernahmen Posten und Verantwortung in Emmanuel Macrons Regierung, Die gaullistische Partei zog Konsequenzen und schloss die entsprechenden Politiker aus (wenn sie dem nicht durch Austritt zuvor gekommen waren). Diese Politiker schlossen sich dann ihrerseits in der neuen Partei *Agir* zusammen. Andere ehemalige *Républicains* blieben zunächst parteilos, nicht zuletzt Macrons erster Premierminister Edouard Philippe. Vor seinem Karrieresprung war er ein Vertrauter Alain Juppés gewesen und hatte in dessen Windschatten Karriere bei den *Républicains* gemacht. Mittlerweile hat Philippe, der im Moment sehr populär

ist, seine eigene Bewegung *Horizons* gegründet. Sie schickt sich an, Präsident Macron (im Falle seiner Kandidatur) im Wahlkampf zu unterstützen. Macron selbst hat jedoch zur Bedingung gemacht, dass es zu keiner Fusion zwischen *Agir* und *Horizons* kommt ...

Für die verbliebenen Konservativen stellt sich seit 2017 die Frage, wie sie sich von Macrons Partei absetzen und welche programmatische Alternative sie anbieten können. Der damit verbundene interne Streit über die grundsätzliche Ausrichtung schwächt die *Républicains* zusätzlich. Ein Teil insbesondere der jüngeren Parteikader plädiert für eine Öffnung nach rechts (*l'union des droites*) und vertritt dabei rechtspopulistische und rechtsextreme Positionen. Der Parteivorsitzende Laurent Wauquiez (2017-2019) verband mit diesem Kurs sowohl inhaltliche Verschiebungen, als auch einen pragmatischen Umgang mit den Gefolgsleuten von Marine Le Pen. Dagegen setzte sich in jüngster Zeit unter dem Vorsitz von Christian Jacob ein gemäßigterer Flügel durch, der wieder

eher bürgerliche Programmelemente betont, ohne deshalb aber eine ähnlich eindeutige Abgrenzung gegenüber den Rechtsextremen zu suchen, wie unter Jacques Chirac.

Da Macrons LREM mit ihren Verbündeten aus dem liberal-konservativen Lager (*Agir* und *Horizons*) die Mitte erfolgreich besetzt hält und insbesondere in der Wirtschaftspolitik mit einem gemäßigt liberalen Programm erfolgreich war, stellt sich für die *Républicains* weiterhin das Problem der Abgrenzung zu Macron. Letztendlich bleibt ihnen nur, sich auf der zweiten oben angesprochenen politischen Achse gegen Macron zu positionieren, also anstelle der „liberalen“ und „weltoffenen“ die „konservativen“ und „nationalistischen“ Positionen zu besetzen. Dies führt jedoch zum Problem der Abgrenzung gegenüber den Rechtsextremen ...

Dass die letzten fünf Jahre unter Emmanuel Macron nicht zum völligen Verschwinden der etablierten Parteien geführt haben, hat demnach weniger mit

erfolgreicher personeller Erneuerung und programmatischer Modernisierung von PS oder *Les Républicains* zu tun, als mit dem Scheitern von *La République en Marche* (LREM), sich in der Fläche erfolgreich zu etablieren und lokale und regionale Mandate zu gewinnen. Sowohl bei den Kommunalwahlen 2020, als auch bei den Regionalwahlen und den Senatswahlen (die Amtszeit der Senatoren beträgt jeweils sechs Jahre, der Senat wird jedoch in indirekter Wahl immer nur zu einem Drittel erneuert) scheiterte LREM. Stattdessen wurden in vielen größeren Städten die Grünen und ihre Verbündeten zu einer neuen politischen Kraft (Macron hatte sie schon 2017 als seine zukünftigen politischen Hauptgegner identifiziert). Und im Rahmen der Regionalwahlen wurden erstaunlich häufig die bestehenden breiten Koalitionen an der Spitze der *Conseils régionaux* bestätigt, was meistens zugunsten der *Républicains*, seltener zugunsten des *Parti socialiste* ausfiel – auch wenn beide als Partei mit ihrer Programmatik auf der regionalen Ebene kaum in Erscheinung treten.

### 3. Strategien der Kandidatenkür

In dieser so veränderten politischen Landschaft stehen die Parteien vor der Herausforderung der Kandidatenkür für den Präsidentschaftswahlkampf 2022. Die Ausgangssituation lässt sich Anfang Februar 2022 so zusammenfassen:

- *Parti socialiste* (PS) / Anne Hidalgo: eine national nicht kampagnefähige sozialistische Partei, die in viele Splittergruppen zerfallen ist, hat Schwierigkeiten, sich für die eigene Kandidatin zu mobilisieren.
- *Les Verts* / Yannick Jadot: die Grünen machen im linken Lager dem PS die Führerschaft streitig, beflügelt von den jüngsten Erfolgen bei den Kommunalwahlen; bisher hat sich um ihren Kandidaten Jadot aber noch keine größere Dynamik entfaltet.
- *La France Insoumise* (LFI) / Jean-Luc Mélenchon: In den Umfragen bleibt der stärkste linke Kandidat Jean-Luc Mélenchon, der die Radikalopposition der Linkspopulisten von *La France*

*Insoumise* (LFI) vertritt und jedes Bündnis mit anderen linken Parteien vor dem ersten Wahlgang verweigert.

- *Les Républicains* (LR) / Valérie Pécresse: Eine durch Affären und ungeklärte programmatische Grundsatzkonflikte geschwächte konservative Partei, die jedoch auf nationaler Ebene über genügend Mandatsträger verfügt, um sich für einen Wahlkampf aufzustellen und bei den Regionalwahlen durchaus erfolgreich abgeschnitten hat.
- Dazu kommt das rechtsradikale *Rassemblement national* (früher: *Front national*), das darauf hofft, dass seine Kandidatin Marine Le Pen erneut in die Stichwahl einziehen wird,
- was jedoch paradoxerweise von einem Konkurrenten aus dem eigenen Lager verhindert werden könnte: der unabhängige Kandidat Eric Zemmour, ein früherer Fernsehjournalist und Polemiker, der zuletzt am 17. Januar 2022 (bereits zum dritten Mal) wegen



„Anstachelung zum Rassenhass“ verurteilt wurde, tritt als unabhängiger Kandidat an.

- Präsident Macron selbst hat bisher noch keine Aussage darüber getroffen, ob er erneut antreten wird – wovon jedoch alle Beobachter ausgehen, denn in Umfragen verfügt er über einen klaren Vorsprung gegenüber allen Konkurrenten, sodass er auch in einer Stichwahl gute Aussichten zu haben scheint.

Diese Situation legt es nahe, dass sich programmatisch und ideologisch ähnliche Parteien zusammenschließen. Außerdem sollten die geschwächten Parteien eigentlich auf die vielfältigen „neuen“ Arten politischen Engagements der Bürgerinnen und Bürger eingehen und versuchen, die ihnen nahestehenden Gruppen in die Kandidatenfindung einzubeziehen. Auf ideologischer Seite lassen sich, insbesondere auf der Rechten, durchaus Versuche finden, durch die Übernahme populistischer und teilweise extremistischer Positionen Zustimmung für die eigene Kandidatur zu finden. Dennoch zeichnet sich bisher in keinem der beiden Lager ab, dass eine Kandidatin oder ein Kandidat eine parteienübergreifende Dynamik entfachen würde. Wenngleich die Parteien durchaus versuchen, auf den Trend der partizipativen Politik aufzuspringen, weigern sie sich bisher, sich glaubwürdig in einem breiten, zivilgesellschaftlichen Projekt zu engagieren und dafür auch die Entscheidungsmacht über die Kandidatenaufstellung abzugeben oder zu teilen.

---

### 3.1 Auf der Rechten: Vorwahlen bei den *Républicains*, Streit um das katholische Wählerreservoir

---

Auf der Rechten gelang es zunächst Ende November den *Républicains*, eine geordnete Vorwahl durchzuführen. Wie bereits 2016 (mit sieben zur Vorwahl zugelassenen Kandidaten) zeigte sich 2021 (sechs Kandidaten zur Auswahl), dass die in der Partei *Les Républicains* zusammengeführten Strömungen und Parteien nach wie vor existieren. Ganz in der Tradition des französischen Parteiensystems, orientieren sich die verschiedenen Parteiflügel an Persönlichkeiten, von denen jedoch keine „automatisch“

von den anderen Flügeln als Kandidat anerkannt würde. Einigermmaßen überraschend setzte sich 2021 keiner der im Vorfeld als Favoriten gehandelten Vertreter durch (weder Xavier Bertrand, Präsident der *Région Nord*, noch der ehemalige EU-Kommissar Michel Barnier, der den Brexit verhandelt hatte). Mit Valérie Pécresse benennt die gaullistische Partei stattdessen zum ersten Mal eine Kandidatin für die Präsidentschaftswahl. Die ehemalige Ministerin Nicolas Sarkozys und Präsidentin der *Région Ile de France* könnte Macron dabei auf seinem eigenen Terrain gefährlich werden, indem sie sich als modern, wirtschaftsliberal und pragmatisch positioniert.

Der programmatische Streit in der Partei zwang die Kandidatin jedoch sehr schnell, sich ihrem stärksten internen Konkurrenten anzunähern, welcher ihr in der zweiten Runde der Vorwahlen unterlegen war. Eric Ciotti, Abgeordneter von Nizza, gründete die Bewegung *A droite!* als Wahlkampfplattform und steht auch sonst für einen offen rechtspopulistischen Kurs, mit dem er insbesondere das Thema innere Sicherheit besetzen möchte. Von ihm stammt der Vorschlag, ein „Guantanamo à la française“ für islamistische Terroristen und Gefährder einzurichten. Er hatte auch im Vorfeld der Vorwahl bereits geäußert, bei einem möglichen Duell zwischen Amtsinhaber Emmanuel Macron und dem rechtsextremen Éric Zemmour letzteren zu wählen. Trotz dieser Äußerungen sah sich Pécresse nach ihrer Kandidatenkür gezwungen, Ciotti zu ihrem Sprecher und Experten „für Autorität“ zu machen und sich, bisweilen sehr plakativ, nach rechtsaußen zu öffnen. Beim Wahlkampfbesuch bei Laurent Wauquiez, dem ehemaligen Vorsitzenden der Republikaner, der für einen rechtspopulistischen Kurs eintritt, forderte dieser sie auf, „ferme sur le régalien“ zu sein (Härte im Bereich der hoheitlichen Aufgaben des Staates zu zeigen), „den Stolz auf unsere Identität zu verkörpern“, den „Wert der Arbeit“ zu betonen und die Ausgaben der öffentlichen Hand zu kürzen. Diese Formel kann als Preis für seine Unterstützung verstanden werden.

Diese unterschiedlichen Strömungen in ihrer Partei sorgen auch über die Parteigrenzen hinaus für ungeklärte Verhältnisse auf der Rechten. Tatsächlich konkurriert Pécresse mit den beiden rechtsextremen Kandidaten Zemmour

und Le Pen um den Einzug in die zweite Runde der Präsidentschaftswahl. Alle drei kämpfen in der ersten Runde um eine ähnliche und teilweise überlappende Wählerschaft. Da die Parteibindung eine immer geringere Rolle für Wahlentscheidungen spielt, müssen die Kandidaten ihre Wählerschaft auf andere Weise für sich mobilisieren, etwa durch kalkulierte Grenzüberschreitungen und eine möglichst gelungene mediale Inszenierung. Im Gegensatz zu Zemmour, der auf die Unterstützung von Protestwählern unterschiedlichster Couleur hoffen kann, und Le Pen, deren Partei schon länger auch von der Arbeiterklasse gewählt wird und die zudem versucht, in den Reihen der jakobinischen, nationalistischen Lin-

ken Unterstützer zu gewinnen, scheint Pécresse in der ersten Runde über das geringste Wählerreservoir zu verfügen. Dies zwingt sie zu einem Spagat zwischen den gemäßigten Positionen, die sie im Hinblick auf einen zweiten Wahlgang gegen Emmanuel Macron vertritt, und extremen Positionen, die sie abdecken muss, um überhaupt in die zweite Runde einzuziehen.

Die folgende Tabelle (Abb. 5) gibt einen Überblick über die diskursive Positionierung der drei Rechtskandidaten, die Positionierung auf der (wirtschaftspolitischen) Links-Rechts-Achse und auf der Werteachse (progressiv vs. reaktionär).

<sup>7</sup> Umfrage Ipsos Sopra Steria für Le Monde, La Fondation Jean Jaurès und Cevipof, Internetbefragung vom 14.-17. Januar 2022, 7.910 Personen, repräsentative Auswahl der französischen Wahlbevölkerung

**Abb. 5: Vergleich der rechten Kandidaten (Wahlabsichten laut Umfrage) <sup>7</sup>**

	Pécresse (15,5%)	Zemmour (13%)	Le Pen (15,5%)
Diskurs	„Autorität der Republik wiederherstellen“, Staatsmacht – Nimmt Sarkozys Metapher vom „Kärcher“ wieder auf, um die Vorstädte zu „reinigen“. Abgrenzung gegen Zemmour und Le Pen, innerparteilich gegen die Vertreter einer Annäherung an diese Kandidaten	Ähnlich wie Pécresse, aber auf die Spitze getrieben; Unterscheidet jedoch zwischen „Republik“ („nur ein Regime“) und „Frankreich“. Plädoyer für eine breite „Rechtsfront“, die Elemente der <i>Républicains</i> , des <i>Rassemblement national</i> und seiner eigenen Bewegung zusammenbringt.	Nationalismus, verbunden mit Populismus und „Volkssouveränität“, Öffnung zu linken Nationalisten. Abgrenzung zu den Gaullisten
Wirtschaftlich	Liberalismus auf französisch, moderat wirtschaftsliberales Programm. Kein Austritt aus dem Euro	Neoliberales Wirtschaftsprogramm, radikale Steuer-senkung, Höheres Renteneintrittsalter. Kein Austritt aus dem Euro, sondern Veränderung der EU.	Lehnt Wirtschafts-liberalismus ab, Rückkehr zur Rente mit 60. Kein Austritt aus dem Euro, Konfrontation mit EU-Regeln und EU-Partnern
Werte	Assimilation von Einwanderern anstelle „Integration“	Antiislamismus, Anti-Immigration, Assimilation	Ein gewisses Maß an liberalen Werten. Mit Abstand zur Manif' pour tous, zum <i>mouvement conservateur</i> und <i>Sens commun</i>

Quelle: eigene Darstellung

Die nächsten Wochen werden dem Kampf um die Mobilisierung und Unterstützung durch die konservative Basisbewegung *Sens commun* gewidmet sein. Dieser Zusammenschluss von Aktivisten

entstand aus der rechtskatholischen, traditionalistischen Protestbewegung *La Manif' pour tous*, die sich zunächst unter François Hollande als außerparlamentarische Opposition gegen die

<sup>8</sup> Bei einer Stichwahl zwischen Le Pen und Macron würden sich 36% der Wähler, die in der ersten Runde die Linkspopulisten von LFI / Mélenchon gewählt haben, enthalten. 24% würden Macron wählen, 24% Le Pen (Umfrage Ipsos-Sopra Steria für Le Monde, Fondation Jean Jaurès und Cevipof, Internetbefragung vom 14.-17. Januar 2022, 7.910 Personen, repräsentative Auswahl der französischen Bevölkerung).

gleichgeschlechtliche Ehe organisierte. Sie entwickelte sich weiter zu einer politischen Organisation (*Sens commun*), deren Unterstützung für François Fillon 2016-17 zum entscheidenden Vorteil in der parteiinternen Vorwahl wurde. Dafür wurde die Gruppierung dann mit Kandidaten in fünf Wahlkreisen für die Parlamentswahlen 2017 belohnt.

Nachdem Pécresse die Vorwahlen gewonnen hat, sieht es jedoch so aus, als ob sich (zumindest bis zur Wahl) eine gemäßigte, bürgerliche Strömung bei den *Républicains* durchsetzt. Entsprechend hat sich *Sens commun* von den *Républicains* ab- und Zemmour zugewandt. Das geht auch auf Kosten Marine Le Pens, die in den letzten Jahren versucht hat, ihre Partei für breitere Wählerschichten zu öffnen. Da sie schon lange auch von Wählern der Arbeiterklasse und „einfachen Leuten“ gewählt wird<sup>8</sup>, hat sie das neoliberale Wirtschaftsprogramm ihres Vaters aufgegeben und hält sich auf der Werteachse mit Aussagen über Ehe, Adoption, Abtreibung etc. stark zurück.

Hinter dieser Auseinandersetzung der rechten Kandidaten im Hinblick auf die Präsidentenwahl steht also bereits die Frage, wie es nach der Wahl weitergehen soll. Je nach dem Abschneiden ihrer Kandidatin Valérie Pécresse im ersten Wahlgang werden sich die *Républicains* sehr schnell erneut die Fragen nach der Abgrenzung oder Öffnung zum rechtspopulistischen und -extremen Lager stellen, denn davon wird ihr Erfolg in der nachfolgenden Parlamentswahl abhängen. Da die Parteienfinanzierung zu bedeutenden Teilen vom Abschneiden bei diesen Wahlen abhängt, steht für die 2017 stark geschwächten Gaullisten (*Républicains*) viel auf dem Spiel.

Nach Lage der Dinge könnte die Alternative, vor der die *Républicains* dann stehen, am ehesten in einer Annäherung an den reaktionären, identitären Kurs Zemmours liegen. Le Pens Nichte, Marion Maréchal, die gemeinhin mit diesem Kurs verbunden wurde (sich im Moment aber aus der Politik zurückgezogen hat), hat am 28. Januar 2022 im Figaro erkennen lassen, dass sie sich unter diesen Bedingungen wieder politisch engagieren würde und im Anschluss an die Präsidentschaftswahlen eine Teilnahme an den Parlamentswahlen anstreben würde. Dieses Engagement

und die damit verbundene Positionierung könnte dann gleichzeitig das Ende der Ära Marine Le Pens (ihrer Tante) an der Spitze des *Rassemblement national* einläuten ... bei den *Républicains* wäre dann wieder der rechtspopulistische Flügel, der offen eine Zusammenarbeit mit extrem rechten Kräften fordert, am Zug.

---

### 3.2 Auf der Linken: Programmatische Differenzen und eine Vielzahl an Kandidaturen

---

Ähnlich unübersichtlich ist die Lage am anderen Ende des Parteienspektrums, ohne dass sich hier jedoch zum jetzigen Zeitpunkt ein Kandidat Hoffnung auf den Einzug in die Stichwahl machen könnte. Weniger als 80 Tage vor der Wahl bleibt die Linke zersplittert, und es ist niemand in Sicht, der die ehemals dominierende Rolle des PS übernehmen könnte. Keine der Parteien hat bisher erkennen lassen, wie sie die notwendige Zustimmung der anderen Parteien des linken Lagers für ihren Kandidaten erlangen will. Auch die Frage, wie die Bürger, die sich der Parteilogik weitgehend entzogen haben (auf der Linken noch mehr, als auf der Rechten) mobilisiert werden sollen, wird von den Parteien selbst kaum diskutiert. Stattdessen hat eine linke Bürgerbewegung für einiges Aufsehen gesorgt, indem sie antrat, die Kandidaten der Parteien auch gegen deren Willen in eine Vorwahl (*Primaire populaire*) einzubeziehen. Der folgende Überblick zeigt die Stimmenverhältnisse im linken Lager jeweils im ersten Wahlgang, 2007 – 2017, und in den Vorhersagen für 2022. Es wird deutlich, welche Lücke sich mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Partei 2017 geöffnet hat (siehe Abb. 6).

Auch fünf Jahre nach der Präsidentschaft Hollandes schafft es die Linke nicht, die Brüche, die mit der Übernahme von Regierungsverantwortung verbunden waren, zu überwinden. Wie bei der Rechten, kann auch bei der Linken nicht von einer programmatischen Erneuerung oder Modernisierung gesprochen werden. Dazu kommt, dass Emmanuel Macron führende Köpfe für sich gewinnen konnte, so dass es auch an Führungspersonal mangelt. Stattdes-

**Abb. 6: Linke Kandidaten im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen 2007-2022 (Umfragen)**

<p><b>2007</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>PS</i> Ségolène Royal 25,9%</li> <li>• <i>LCR</i> Olivier Besancenot 4,1%</li> <li>• <i>PCF</i> Marie-George Buffet 1,9%</li> <li>• <i>Les Verts</i> Dominique Voynet 1,6%</li> <li>• <i>LO</i> Arlette Laguiller 1,3%</li> <li>• <i>DvG</i> José Bové 1,3%</li> <li>• <i>PdT</i> Gérard Schivardi 0,3%</li> </ul>	<p><b>2012</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>PS</i> François Hollande 28,6%</li> <li>• <i>Front de gauche</i> Jean-Luc Mélenchon 11,1%</li> <li>• <i>EELV</i> Eva Joly 2,3%</li> <li>• <i>NPA</i> Philippe Poutou 1,2%</li> <li>• <i>LO</i> Nathalie Arthaud 0,6%</li> </ul>
<p><b>2017</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>LF</i> Jean-Luc Mélenchon 19,6%</li> <li>• <i>PS</i> Benoit Hamon 6,4%</li> <li>• <i>NPA</i> Philippe Poutou 1,1%</li> <li>• <i>LO</i> Nathalie Arthaud 0,6%</li> </ul>	<p><b>2022 (Wahlabsichten 1. Runde nach Umfragen)</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>LFI</i> Jean-Luc Mélenchon 11%</li> <li>• <i>EELV</i> Yannick Jadot 7%</li> <li>• <i>PS</i> Anne Hidalgo 4%</li> <li>• <i>PCF</i> Fabien Roussel 3%</li> <li>• <i>SE</i> Arnaud Montebourg 1%</li> <li>• <i>NPA</i> Philippe Poutou 1%</li> <li>• <i>LO</i> Nathalie Arthaud 0,5%</li> </ul>

Quellen: ministère de l'Intérieur, Harris-Interactive, 05.01.22

sen bemühen die Parteien nach wie vor den ideologischen Gegensatz zwischen „revolutionären“ Linken, die sich in einer marxistischen Tradition sehen, und „Reformlinken“, die für ein pragmatisches, sozialdemokratisches Verständnis von Politik stehen, um Unterstützer zu mobilisieren und in ihrem Lager jene dominierende Stellung zu erreichen, die die Resultate an den Urnen schon lange nicht mehr ermöglicht.

Dies gilt nicht nur für die Sozialisten, sondern bspw. auch für die Grünen, die in einer internen Vorwahl zwischen der radikaleren Kandidatin des „revolutionären“ Lagers Sandrine Rousseau und dem gemäßigten und pragmatischen Europaparlamentarier Yannick Jadot entscheiden mussten. Im Gegensatz zur Wahl 2017, als er schon einmal antreten wollte, ist Yannick Jadot, der Gewinner dieser Vorwahl, jedoch nicht mehr bereit, sich zugunsten des Kandidaten des PS zurückzuziehen. 2017 hatte der Kandidat des PS, Benoît Hamon, indiskutable 6,39% erreicht und den Grünen ihre Unterstützung im Wahlkampf nicht zurückzahlen können (auch bei den Grünen liefen dann wichtige Kader zu LREM über). Andererseits weigerte sich der PS 2021-22, an den „offenen“ Vorwahlen der Grünen für das „linke Lager“ teilzunehmen.

So ist der Vertreter der linkspopulistischen Bewegung des „unbeugsamen Frankreichs“, Jean-Luc Mélenchon, der einzige linke Kandidat, der derzeit in Umfragen knapp auf ein zweistelliges Ergebnis kommt. Nach seinem Höhenflug 2017 (19,6%), ist er in Umfragen wieder etwa so stark wie bei der Wahl 2012, zwischen 9% und 11%. Der inzwischen siebenzig Jahre alte Veteran verweigert im Vorfeld jede Koalition mit anderen linken Kräften, und theoretisiert stattdessen die „Mobilisierung“ der „Leute“ (*les gens*), die sich zu linken Werten bekennen, in einer linken „Volksunion“ (*union populaire*) mit partizipatorischen Elementen und Mélenchon als Anführer. Er zieht also die Konsequenzen aus der Schwäche der etablierten Parteien, ihre Anhängerschaft zu organisieren und zu mobilisieren – und reagiert mit scharfer Kritik auf andere linke „Bürgerbewegungen“, wie die *Primaire populaire*, die es ebenfalls zum Ziel hat, der Schwäche der linken Parteien die Mobilisierung der Wählerschaft entgegen zu stellen (und damit Mélenchon direkt Konkurrenz macht).

<sup>9</sup> Sie erreichte über 660.000 Stimmen. Jospin fehlten ca. 195.000 Stimmen zum Einzug in die Stichwahl.

Die Bürgermeisterin von Paris, Anne Hidalgo, die lange gezögert hatte, hat ihrerseits ihre Kandidatur verkündet, bevor die sozialistische Partei sie dann im Nachgang zu ihrer Kandidatin machte. Bisher wird sie nur zaghaft aus ihrer eigenen Partei unterstützt. Neben ihrer umstrittenen Politik in Paris und ihrer Opposition zum immer noch einflussreichen Sozialisten François Hollande und seiner ehemaligen Regierungsmannschaft erklärt sich diese mangelnde Mobilisierung durch den desolaten Zustand des *Parti socialiste*.

Da sich die jetzige Situation schon länger abgezeichnet hatte, haben die Aktivisten der *Primaire populaire* nach einer alternativen Vorgehensweise gesucht. Durch eine massive Mobilisierung und internetgestützte Vernetzung der linken Wählerschaft sollten die Parteien dazu gezwungen werden, ihre Kandidaten in einer offenen Vorwahl gegeneinander antreten zu lassen und sich dann dazu bekennen, den Gewinner gemeinsam zu unterstützen. Diese Bewegung konnte durch ihre gründliche Vorbereitung und planvoll organisierte Umsetzung einiges Aufsehen erringen, kam faktisch aber dennoch zu spät, da einzelne linke Politiker bereits sehr früh und ohne Rücksprache ihre Kandidatur verkündet hatten. Dagegen bestimmten bei der *Primaire populaire* zunächst etwa 170.000 registrierte Wähler, über welche linken Kandidaten überhaupt abgestimmt werden sollte – es waren also die Wähler, die sich aussuchten, über wen sie abstimmen wollten, nicht die Parteien, die Kandidaten zur Auswahl stellten. Die Anhänger der *Primaire populaire* nahmen dabei keine Rücksicht darauf, ob die Kandidaten selbst bereit waren, sich zur Abstimmung zu stellen. Die Aktivisten konnten außerdem einen gemeinsamen „Programmsockel“ definieren, der mit den Grundsatz- und Wahlkampfprogrammen aller „links“ antretenden Kandidaten kompatibel ist – entgegen der Behauptungen der beteiligten Parteien, dass unüberwindbare programmatische Divergenzen für die vielen unterschiedlichen Bewerbungen verantwortlich seien, zeigen die zehn Punkte, die die *Primaire populaire* als gemeinsame Basis definiert, dass die Unterschiede im Hinblick auf ein „Programm der ökologischen und sozialen Gerechtigkeit“ nicht unüberwindbar sind.

Wie zu erwarten war, verweigerten die in den Umfragen am besten bewerteten Kandidaten die Teilnahme an dieser Vorwahl. Nachdem die Bewegung von den etablierten Kräften lange totgeschwiegen worden war, trat jedoch Anne Hidalgo (PS) am 8. Dezember die Flucht nach vorne an und bekannte sich zur *Primaire populaire*, „oder einer anderen geeigneten Form“ der Kandidatenfindung, sofern die anderen linken Kandidaten, insbesondere der Grüne Yannick Jadot, sich ebenfalls dem Votum der Basis unterwerfen würden. Dies fiel ihr umso leichter, da sie in den Umfragen zwischen 2,5% und 4% stagnierte. Gegen die *Primaire populaire* wandte sich Jean-Luc Mélenchon, der die Umfragen im linken Lager anführt, und der Kandidat der Grünen, Yannick Jadot. Auch Fabien Roussel, der Generalsekretär der kommunistischen Partei Frankreichs (PCF), die erstmals seit 2007 wieder mit einem eigenen Kandidaten antritt, zeigt sich unnachgiebig und entschlossen, seine Kandidatur durchzuziehen. Die Wähler der *Primaire populaire* haben jedoch darauf verzichtet, diesen Kandidaten überhaupt zur Abstimmung im Rahmen ihrer Vorwahl zu stellen.

So stellte die *Primaire populaire* letztlich sieben Kandidaten zu Auswahl, von denen drei völlig unbekannt waren und drei ihre (eigene) Teilnahme an der Vorwahl explizit ablehnten – nach Jadot und Mélenchon machte auch Hidalgo einen Rückzieher, da ihre beiden Konkurrenten sich ja ebenfalls nicht der Wahl stellen wollten. Dazu kam Anfang Januar nach langem Zögern die Bewerbung von Christine Taubira, der ehemaligen Justizministerin François Hollandes. Die langjährige Führerin des *Parti radical de gauche* (PRG) war damit die einzige landesweit bekannte Politikerin, die sich der Vorwahl stellte und ankündigte, deren Ergebnis zu akzeptieren. Taubira war bereits 2002 als linke Kandidatin angetreten, in jener Wahl, in der die Zersplitterung der linken Parteien Lionel Jospins Einzug in die zweite Runde verhindert hatte<sup>9</sup>. Unter Hollande hatte sie es durch ihre couragierte Verteidigung der „Ehe für Alle“ im Parlament zu einiger Bekanntheit gebracht, sie genießt seitdem einen gewissen Kultstatus.

**Abb. 7: Kandidaten der *Primaire populaire* und ihre Haltung zur Vorwahl**

Kandidat und Partei	Haltung zur <i>primaire populaire</i>	Akzeptanz des Ergebnisses
Jean-Luc Mélenchon, LFI	klare Ablehnung eines „unlauteren“ Wettbewerbs, in dem Mélenchon zur Wahl steht, ohne dies jemals gewünscht oder gefordert zu haben. Fordert, dass sein Name von allen „physischen“ und „digitalen“ Unterlagen entfernt wird	nein
Yannick Jadot, <i>Les Verts</i>	ablehnende Haltung gegenüber der Initiative, ohne diese dadurch „aufwerten“ zu wollen	nein
Anne Hidalgo, PS	forderte das linke Lager ohne Erfolg zu einer gemeinsamen Vorwahl auf. Lehnt deshalb jetzt selbst die <i>Primaire populaire</i> ab	nein
Christiane Taubira, <i>Parti radical de Gauche</i>	unterstützt die PP	ja
Pierre Larrouturou, <i>Nouvelle Donne</i>	unterstützt die PP	ja
Charlotte Marchandise	unterstützt die PP	ja
Anna Agueb-Porterie	unterstützt die PP	ja

Quelle: eigene Darstellung

#### 4. Zusammenfassung:

##### Die Situation vor Beginn des Wahlkampfes

Noch hat der eigentliche Wahlkampf um das Präsidentenamt in Frankreich nicht begonnen. Amtsinhaber Macron hat seine Kandidatur bisher noch nicht offiziell erklärt, und die aussichtsreicheren Kandidaten ziehen derzeit über das Land, um Bekanntheit zu erlangen und Unterstützer zu gewinnen – zumeist jeweils in ihrer eigenen Anhängerschaft. Dabei stehen die aus Sicht der Bürger wichtigsten Themen (Kaufkraft, Covid-19 und Gesundheitssystem, Umwelt – in dieser Reihenfolge) derzeit noch kaum zur Debatte.

Die Präsidentschaftswahl, die ihrem Charakter nach stark auf Personalisierung und das „Rendez-vous einer Person mit dem Volk“ abhebt, erlaubt den Kandidaten bis zu einem gewissen Grad diese

inhaltliche Unbestimmtheit. Im Hinblick auf das Parteiensystem zeigt sich, dass die Metapher des „Trümmerfelds“ nach wie vor zutreffend ist. Bisher ist es keiner Person und keiner Organisation gelungen, die nötigen programmatischen und personellen Erneuerungen durchzuführen, um im eigenen Lager (wieder) zum Gravitationszentrum zu werden, an dem sich die anderen Parteien orientieren würden. Dazu müssten die Parteien stärker auf die Erwartungen der Wählerschaft eingehen. Die nicht mehr parteigebundenen, aber durchaus noch werteauffinen Bürgerinnen und Bürger möchten in den Prozess der Kandidatenkür einbezogen werden und auch bei der Entwicklung eines Programms mitreden.

Stattdessen verstärkt das Taktieren der Parteien jedoch gerade noch die wachsende Orientierungslosigkeit. Während Marine Le Pen eine Öffnung auf autoritär geprägte, wirtschaftlich und sozial jedoch „links“ eingestellte Wählerschichten versucht, bemüht sich Jean-Luc Mélenchon auf der Linken darum, seine Globalisierungs- und EU-kritische, nationalistische Haltung zu verbinden mit einer Öffnung auf die Wählerschaft mit Migrationshintergrund, die sich vom reaktionären Nationalismus insbesondere der rechten Parteien häufig diskriminiert fühlt. Die bürgerlich-rechten Parteien suchen entweder die Allianz mit Macron, oder diskutieren (wie die *Républicains*) über die Öffnung weit nach rechts, hin zu einem wirtschaftlich neoliberalen, auf der Werteachse reaktionären Kurs, der die Partei attraktiv für Wähler machen würde, die sich nicht länger mit Marine Le Pens Populismus identifizieren. Im Lager der gemäßigten Reformlinken findet der Streit um die Vorherrschaft zwischen den Grünen (*Les Verts*) und Sozialisten (PS) statt, wobei der Verbindung der „ökologischen Frage“ mit der „sozialen Frage“ eine Schlüsselrolle in den Diskussionen zukommen wird. Durch die Kandidatur Christine Taubiras als Siegerin der *Primaire populaire* wird die Unübersichtlichkeit weiter gesteigert.

Das Kalkül zumindest der parteigebundenen Kandidaten geht dabei bereits über die Präsidentschaftswahl hinaus, gerade für die ehemaligen Präsidentenparteien. Für den PS wird vom Abschneiden bei der anschließenden Parlamentswahl abhängen, ob er als Organisation und Struktur weiterbestehen kann. Auf der Rechten wird der Ausgang des Dreikampfs zwischen Le Pen, Zemmour und Pécresse darüber entscheiden, welche Bedeutung den *Républicains* in Zukunft noch zukommen wird. Die Ausgangslage ist dabei etwas weniger dramatisch, als beim PS. Die programmatischen Herausforderungen durch die Existenz zweier ähnlich starker rechtspopulistischer und rechtsextremer Kandidaten ist aber mindestens ebenso groß.

Neben der Kandidatenkür und dem Bemühen, eine möglichst originelle Position im politischen Spektrum Frankreichs einzunehmen, werden die Bewerber um das höchste politische Amt in Frankreich in den nächsten Tagen und Wochen noch mit einer weiteren „Formalie“ beschäftigt sein. Um zur Wahl zugelassen zu werden, muss ein Bewerber von mindestens 500 gewählten Amtsträgern unterstützt werden. Die Unterschriften können von Abgeordneten, Europaparlamentariern, Bürgermeistern, Departement- und Regionalräten etc., insgesamt von knapp 42.000 Personen, geleistet werden, jede darf aber nur einen Kandidaten für die Präsidentschaftswahl unterstützen. Dabei müssen diese Unterschriften aus mindestens fünfzig verschiedenen Departements oder Überseegebieten kommen. Für die kleineren Kandidaten und insbesondere für die radikaleren Vertreter am linken und rechten Rand stellt diese „Formalie“ eine echte Hürde dar. Die ersten Unterschriften können ab dem 31. Januar geleistet werden, spätestens am 4. März müssen die nötigen 500 Unterschriften eines Kandidaten beim Verfassungsrat eingegangen sein, am 11. März wird die Liste der zur Wahl zugelassenen Kandidaten veröffentlicht und der „offizielle“ Wahlkampf beginnt. Für viele der kleineren Kandidaten, und dazu gehören durchaus auch die Vertreter einstmals etablierter Parteien, dürfte es dann schon zu spät für eine erfolgreiche Mobilisierung der nicht mehr parteigebundenen Bürger sein, deren Unterstützung jedoch für den Einzug in den Elysée unerlässlich bleibt.

## Aktuelle Publikationen des dfi

---

**Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.):** Frankreich Jahrbuch 2021. Deutschland, Frankreich und Italien im Kontext der Corona-Krise, Red.: Eileen Keller, Nomos-Verlag, Baden-Baden, 2022 (i.E.)

**Deutsch-Französisches Institut und DFJW/OFAJ:** Lehr- und Wanderjahre (DFJW-Arbeitstext Nr. 32): Auslandsaufenthalt und Autonomiegewinn. Berufsbildende Auslandspraktika und ihre Auswirkungen auf den Lebenslauf, Red.: Stefan Seidendorf, Vincent Goulet, Susanne Binder, Frank Baasner, OFAJ/DFJW, Paris/Berlin 2021, - 242 Seiten

**Eileen Keller:** Financial crises and the limits of bank reform: France and Germany's ways into and out of the Great Recession. - Oxford: Oxford University Press, 2021, - 272 Seiten.

**Wüstenrot Stiftung, Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.):** Urbane Großräume in Deutschland und Frankreich. Fragen und Formen regionaler Kooperation / Grandes Aires Urbaines en France et en Allemagne. Enjeux et Formes de Coopération territoriale, Ludwigsburg 2021, - 216 Seiten.

**Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.):** Frankreich Jahrbuch 2020. Soziale und territoriale Ungleichheiten vor dem Hintergrund der Gelbwestenkrise, Red.: Eileen Keller, Springer VS, Wiesbaden 2021, - 243 Seiten.

**dfi compact Nr. 18:** Frank Baasner: Deutsch-französische Austausch- und Kooperationsprogramme der Robert Bosch Stiftung: Ertrag und langfristige Wirkung. - Ludwigsburg: Deutsch-Französisches Institut, 2021, - 115 Seiten.

**Frank Baasner, Siegfried Frech, Dominik Grillmayer (Hrsg.):** Das politische Frankreich: Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Kultur, Frankfurt: Wochenschau Verlag, 2019, - 315 Seiten.

**Henrik Uterwedde:** Die deutsch-französischen Beziehungen: Eine Einführung. - Verlag Barbara Budrich, Opladen, 2019, - 178 Seiten.

**Stefan Seidendorf (Hrsg.):** Deutsch-Französische Beziehungen als Modellbaukasten?, Nomos-Verlag, Baden-Baden, 2012, - 218 Seiten.

---

## Die Aktuellen Frankreich-Analysen des dfi

Die Aktuellen Frankreich-Analysen erscheinen in loser Folge.

Redaktion: Stefan Seidendorf  
Layout: Irene Lindauer-Grözinger

Herausgeber:  
Deutsch-Französisches Institut  
Asperger Straße 34  
D-71634 Ludwigsburg  
Telefon +49 (0 71 41) 93 03-0  
Telefax +49 (0 71 41) 93 03-50  
E-mail: info@dfi.de

Nähere Informationen über die Aktivitäten und Publikationen des Deutsch-Französischen Instituts erhalten Sie unter obiger Adresse oder auf unseren Internet-Seiten:  
<https://www.dfi.de>

Zuletzt erschienen:

Aktuelle Frankreich-Analysen Nr. 36  
**Eileen Keller:** Europe in the coronavirus crisis, September 2021, 15 Seiten

Aktuelle Frankreich-Analysen Nr. 35  
**Eileen Keller:** Der *Grand Débat National* in Frankreich – Hintergründe, Ablauf und erste Ergebnisse der großen Bürgerbefragung, Juni 2019, 19 Seiten

Aktuelle Frankreich-Analysen Nr. 34  
**Eileen Keller:** Von Meseberg nach nirgendwo? Deutsch-französische Impulse für die Eurozone, Oktober 2018, 14 Seiten

